

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/741**

[Vorlage für den Europaausschuss , 9. Sitzung 21.04.2010]

**Nordseeforum Ergebnisprotokoll
für die Sitzung am 1. März 2010, 11:00 Uhr**

Anwesende:

Präsident der Bremischen Bürgerschaft Herr Christian Weber
Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft Herr Dr. Lutz Mohaupt
Präsident des Niedersächsischen Landtages Herr Hermann Dinkla
Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages Herr Torsten Geerdt

Direktor bei der Bremischen Bürgerschaft Herr Karl-Heinz Hage
Direktor bei der Hamburgischen Bürgerschaft Herr Reinhard Wagner
Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages Herr Prof. Dr. Utz Schliesky

Herr Tobias Günther, Verwaltung des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Kirsten Pfaue, Bürgerschaftskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg
Herr Dr. Michael J. Rauterkus, Bürgerschaftskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

Am heutigen Tag kamen die Präsidenten der Landesparlamente der Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie die Direktoren der Landesparlamente der Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen, um eine mögliche inhaltliche Ausgestaltung eines Parlamentsforums Nordsee abzustimmen.

1. Sachstandsbericht

Der Direktor bei der Hamburgischen Bürgerschaft führte in den Sachstand ein. In den Bundesländern Bremen (Drs. 17/1104 vom 10.12.2009), Hamburg (Drs. 19/3278 vom 10.06.2009) und Schleswig-Holstein (Drs. 16/2640neu vom 03.06.2009) lägen Beschlüsse der Landesparlamente zur Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee vor. Ziel eines solchen Parlamentsforums sei eine intensive Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern mit Zugang zur Nordsee, um eine nachhaltige Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschafts-, Kultur- und Meeresraums parlamentarisch zu begleiten und zu fördern. Die politischen Interessen von Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und ihren europäischen Partnern im Nordseeraum seien durch das Parlamentsforum zu bündeln und im Einvernehmen weiter voranzutreiben. Neben den Niederlanden, Großbritannien und Belgien seien auch Norwegen und Dänemark als Bindeglied zwischen Nord- und Ostsee bei einem neu zuschaffenden Parlamentsforum als Ansprech- und Kooperationspartner mit einzubeziehen. Die Initiativen der Landesparlamente von Bremen, Hamburg und Schleswig Holstein habe der Präsident des Niedersächsischen Landtages mit Schreiben vom 18.11.2009 begrüßt.

Da für alle Nordseeanrainerstaaten die Zukunft von Meer und Küsten von herausragender Bedeutung für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung sei, habe sich bereits auf europäischer Ebene im Ausschuss der Regionen (AdR) im Februar 2009 auf Initiative Bremens eine Intergroup „Nordsee / Ärmelkanal“ konstituiert. Weiteres Gremium im Bereich des Nordseeraumes sei die North Sea Commission (NSC) sowie die Conference of Peripheral Maritime Regions (CPMR), der die Freie und Hansestadt Hamburg mit Senatsbeschluss vom 31.03.2009 beigetreten sei.

2. Grundsätzliche Überlegungen

Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft betonte das starke Interesse der Bremischen Bürgerschaft an der Einrichtung eines Parlamentsforums Nordsee. Er verwies auf das Engagement der Bremischen Bürgerschaft im Nordseebereich auch in anderen europäischen Gremien – insbesondere im AdR – und führte aus, dass das Vorhaben uneingeschränkt unterstützt werde. Wegen der besonderen Bedeutung des Nordseeraumes müsse die Einrichtung eines Parlamentsforums entsprechend der Beschlusslage sehr zielstrebig vorangetrieben werden, wobei finanzielle und personelle Ressourcen bei der Durchführung zu berücksichtigen seien.

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages griff den finanziellen Aspekt auf und führte aus, dass mit Blick auf die Haushaltslage Parallelaktivitäten zu vermeiden seien. Bestehende europäische und internationale Gremien seien auch aus Effizienzgründen bestmöglich zu nutzen. Von besonderer Bedeutung sei, das Aktionsfeld eines Parlamentsforums Nordsee im Vorfeld hinreichend zu benennen.

Auch aus Sicht des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages seien Doppelstrukturen – ebenfalls vor dem Hintergrund der Haushaltslage – zu vermeiden. Um ein Alleinstellungsmerkmal des Parlamentsforums Nordsee herauszuarbeiten, sei eine Analyse notwendig, welche Gremien im Nordseebereich mit welcher Zielsetzung und unter Beteiligung welcher Parlamente derzeit aktiv seien. Eingeschlossen werden sollten in diese Analyse auch Gremien, in denen Regierungen tätig seien. Erst in Abgrenzung zu diesen Gremien sei dann sinnvoll, ein Parlamentsforum Nordsee aufzubauen.

Hinsichtlich des Tagungsturnus führte der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages aus, dass zu erwägen sei, eine anlassbezogene Zusammenarbeit zu etablieren im Gegensatz zu einem institutionalisierten und regelmäßig tagenden Gremium.

Diese Ausführungen unterstützte der Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft. Die zu erwartenden Kosten, die bereits bei der Durchführung der Auftaktsveranstaltung auf 60.000 EUR – 80.000 EUR aufgrund der Erfahrungen im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu schätzen seien, als auch die durch den Aufbau eines solchen Forums notwendigen personellen Ressourcen machten es notwendig, die Modalitäten der Arbeitsweise als auch die thematische Ausrichtung im Vorwege hinreichend zu konkretisieren. Favorisiert werde aus Sicht des Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft ein an aktuellen Fragestellungen ausgerichteter Tagungsrhythmus im Sinne einer Ad-Hoc Gruppe. Es sollten keine festen Strukturen aufgebaut werden. Dafür spreche auch die unterschiedliche Ausgangslage im Nordseeraum im Vergleich zu der im Ostseeraum, welche wesentlich geprägt sei durch den Fall des Eisernen Vorhangs und durch die EU-Osterweiterung.

3. Weiteres Vorgehen

Das Interesse einer Teilnahme sei bei den in Betracht kommenden regionalen und nationalen Parlamenten in Belgien, Dänemark, Deutschland, Niederlande, Norwegen und Großbritannien

(vgl. dazu die als Anlage beigefügte ergänzte Tischvorlage) nach Auffassung aller erst dann offiziell abzufragen, wenn ein in verfahrenstechnischer und inhaltlicher Hinsicht hinreichend belastbares Konzept erarbeitet worden sei. Auch die Tagungsorte seien nicht im Vorwege, sondern erst im Rahmen der Konzepterstellung festzulegen.

Die Präsidenten kamen überein, das weitere Verfahren abzustimmen, nachdem sie ihre jeweiligen Parlamente konsultiert haben. Erwogen wurde zudem, eine Verständigung auf Ebene der in den vier Bundesländern zuständigen Ausschüsse (ggf. Vorsitzende und Sprecher) herbeizuführen.

Die Sitzung endete um 12:20 Uhr.

Anlage: ergänzte Tischvorlage

Ergänzte Tischvorlage zu der Sitzung am 01.03.2010 - Parlamentsforum Nordsee

Land	Nationales Parlament	Regionale Parlamente
Belgien	Föderales Parlament	Region Brüssel Flämische Region Wallonische Region
Dänemark	Folketing	Region Mitteljütland Region Nordjütland Region Süddänemark
Deutschland	Deutscher Bundestag	Bremen Hamburg Niedersachsen Schleswig-Holstein
Niederlande	Tweede Kamer der Staten-Generaal	Provinz Drenthe Provinz Flevoland Provinz Friesland Provinz Gelderland Provinz Groningen Provinz Limburg Provinz Nord-Brabant Provinz Nordholland Provinz Overijssel Provinz Seeland Provinz Südholland Provinz Utrecht

Norwegen

Storting

- Region Akershus
- Region Aust-Agder
- Region Buskerud
- Region Finnmark
- Region Hedmark
- Region Hordaland
- Region Møre und Romsdal
- Region Nord-Trøndelag
- Region Oppland
- Region Oslo
- Region Østfold
- Region Rogaland
- Region Sogn und Fjordane
- Region Sør-Trøndelag
- Region Telemark
- Region Troms
- Region Vest-Agder
- Region Vestfold

**Vereinigtes Königreich
Großbritannien**

House of Commons

England

Unitary Authority

Northumberland
Tyne & Wear
County Durham
North Yorkshire
East Riding of Yorkshire
Lincolnshire
Norfolk
Suffolk
Essex
Kent

Schottland

Unitary Councils

Orkney
Caithness
Sutherland
Ross&Cromarty
Inverness
Nairn
Moray
Banffshire
Aberdeen & Aberdeenshire
Kincardineshire
Angus
Dundee
Perth & Kinross
Fife
Stirling & Falkirk
West Lothian
Edinburgh
Osten Lothian
Berwickshire